Zeitschrift: Neue Wege : Beiträge zu Religion und Sozialismus
Herausgeber: Vereinigung Freundinnen und Freunde der Neuen Wege
Band: 80 (1986)
Heft: 7-8

Artikel: Brief aus dem Nationalrat : wovon man nicht spricht
Autor: Braunschweig, Hansjörg
DOI: https://doi.org/10.5169/seals-143279

Nutzungsbedingungen
Die ETH-Bibliothek ist die Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften auf E-Periodica. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Zeitschriften und ist nicht verantwortlich für deren Inhalte. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern beziehungsweise den externen Rechteinhabern. Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen sowie auf Social Media-Kanälen oder Webseiten ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. Mehr erfahren

Conditions d'utilisation
L'ETH Library est le fournisseur des revues numérisées. Elle ne détient aucun droit d'auteur sur les revues et n'est pas responsable de leur contenu. En règle générale, les droits sont détenus par les éditeurs ou les détenteurs de droits externes. La reproduction d'images dans des publications imprimées ou en ligne ainsi que sur des canaux de médias sociaux ou des sites web n'est autorisée qu'avec l'accord préalable des détenteurs des droits. En savoir plus

Terms of use
The ETH Library is the provider of the digitised journals. It does not own any copyrights to the journals and is not responsible for their content. The rights usually lie with the publishers or the external rights holders. Publishing images in print and online publications, as well as on social media channels or websites, is only permitted with the prior consent of the rights holders. Find out more

Download PDF: 09.12.2025

ETH-Bibliothek Zürich, E-Periodica, https://www.e-periodica.ch

durch Zwinglis wütenden Kampf gegen das Krebsübel des Reislaufens.

Wer schreibt Geschichte? Wem dienen die phantasiereichen Schlachtenberichte? Der herrschenden Klasse, die die Armeeverherrlichung von jeher brauchte, um dem Volk zu suggerieren, es sei süss, für das Vaterland zu sterben.

Das war auch 1886 bei der 500-Jahr-Feier wieder der Fall. Europas kapitalistische Führungsschichten befanden sich damals in jenem Rüstungswettlauf, der mit dem Massenmord von 1914–18 endete. Die Schweizer Armee eiferte dem ruhmreichen Preussen nach, das 1866 und 1871 glorreiche Siege errungen hatte. Da war die Heldengedenkfeier für Winkelried hochwillkommen. Und wozu dient sie heute – 1986?

Nachtrag:
Bürkli hat doch Recht bekommen

Bürklis Enthüllungsschrift von 1886 ist totgeschwiegen worden. Aber der liberale Geschichtsforscher Ernst Gagliardi erwähnte 1933 in seiner dreibändigen Schweizergeschichte Winkelried im Text über die Schlacht von Sempach nicht mehr. In einer Fussnote machte er eine Konzession an die Legende: Die Tat erscheine durchaus möglich. Ebenso verfuhr der marxistische Geschichtsbuchverfasser Valentin Gitermann in seiner Schweizergeschichte von 1949. Auch bei ihm geisterte Winkelried nur in einer Fussnote weiter. Leider zitierte er den mutigen Sozialisten von 1886 nicht. In der neuesten dreibändigen «Geschichte der Schweiz und der Schweizer», herausgegeben von elf Autoren und finanziert von Pro Helvetia, ist Winkelried auch in der Fussnote verschwunden. Geblieben sind einige Legenden-Helgen. In den Schulbüchern der meisten Kantone lebt er aber fort. Für die 85 Prozent der Nichthochschulgebildeten. Warum?

Brief aus dem Nationalrat

Wovon man nicht spricht

Die Leserinnen und Leser der «Neuen Wege» wissen aus der Tagespresse, wovon in einer Session der Eidgenössischen Räte die Rede ist. Von nicht geringerem Interesse aber wäre zu wissen, wovon nicht gesprochen wird. Denn das, wovon man nicht spricht, ist beileibe kein Zufall, sondern Ausdruck der Macht- und Traditionsverhältnisse in diesem Land und in diesem Parlament.

Aussenpolitik findet nicht statt

Nach der UNO-Abstimmung sagten sie alle: «Über Aussenpolitik muss gesprochen werden; der Graben zwischen dem aussenpolitischen Bewusstsein des Volkes und demjenigen der Regierung muss überwunden werden.» Noch in der Frühjahrssession wurden von Befürwortern und Gegnern des UNO-Beitritts parlamentarische Vorstösse eingereicht, und die Debatte war scheinbar unbestritten für die dritte Woche der Sommersession vorgesehen. Insider spürten jedoch, sie könnte verschoben werden. Und so geschah es auch: Wegen der Tschernobyl-Diskussion fand die Aussenpolitik nicht statt, wie so oft in diesem Land, das glaubt, ein Sonderfall zu sein, dem lieben Gott besonders wohlgefällig.

Ich muss mich deutlicher ausdrücken:

Die Aussenpolitik findet nicht im Bundesrat und nicht im Parlament statt, sondern in der Privat- und Exportwirtschaft (oft in den Multis und in den Banken). Es ist natürlich um einiges einfacher, internationale Geschäfte zu betreiben, ohne sich um Menschenrechte, internationale Solidarität, Frieden und Gerechtigkeit kümmern zu müssen.

Nach der Verschiebung gab es auch nicht mehr die Gelegenheit, die falsche Einschätzung der Genfer Gipfelkonferenz durch Bundespräsident Furgler zu hinterfragen. Und zum dritten Mal war die für unsere Wirtschaft peinliche Südafrika-Diskussion auf die lange Bank geschoben.

Ich habe nicht die Auffassung, dass man die Tschernobyl-Debatte hätte verschieben oder einschränken müssen. Auch wenn diese erste Runde im Unverbindlichen stecken blieb, war sie eine nötige Vorrunde, ganz abgesehen davon, dass die Probleme der Kernenergie, der Alternativenergien, der zukünftigen schweizerischen Energiepolitik überhaupt, entscheidende aussenpolitische Aspekte aufweisen. Ob der Nationalrat darauf eingehen wird, bleibt allerdings offen. Am letzten Sessionstag lehnte er eine Diskussion über die Perspektiven des Atomsperrvertrages mehrheitlich ab. Man hält solche Kurzsichtigkeit und Borniertheit fast nicht für möglich. Und diese Mehrheitsparlamentarier wollen die Verantwortung für die Wirtschaft, für die Zukunft tragen! Aber eben, dem Staat sollen alle Flügel – nicht nur die finanziellen – gestutzt werden. Das ist schweizerisches Bürgertum à la Kohl, Thatcher und Reagan.

Nach den Asylbewerbern die Drogenabhängigen und Strafgefangenen

Die Asylgesetzrevision wurde mit einer Kommissions-Nachtsitzung, mit unwahren Angaben des Flüchtlingsdelegierten und mit viel Verschwommenheit (die dem Missbrauch Tür und Tor öffnen wird) bis zur Schlussabstimmung durchgepeitscht. Die schwache Minderheit der Flüchtlinge muss in den harten und eiskalten Griff genommen werden. Ich habe schon früher gewarnt: Nach dieser Gruppe werden in gleicher Weise andere – auch schweizerische – Randgruppen an die Reihe kommen.

Die Behandlung eines Amnestiebegehrens der Drogenfachleute zugunsten der Drogenabhängigen wurde neuerdings verschoben. Nicht anders erging es einem zweiten Begehren zugunsten von südamerikanischen Frauen, die in Hindelbank inhaftiert sind. Das war für die Mehrheit der Nationalräte zuviel: Drogenabhängige, also Jugendliche, und nicht etwa die respektableren Alkoholiker (die ja Opfer einer legalen Droge sind)! Und Frauen, erst noch straffällige und ausländische Frauen, und dieser Vorstoss stammte ausgerechnet von einer Poch-Frau, Barbara Gurtner! Wie kann man für solche Menschen eine Amnestie – d.h. den Verzicht auf Strafverfolgung, Verurteilung und Strafvollzug – begehren. Darauf einzutreten, käme dem Eingeständnis gleich, dass im Rechtsstaat Schweiz etwas nicht richtig gelaufen wäre, und das darf in unserem Land einfach nicht wahr sein. Amnestien – das gibt es nur im Ausland, wo es auch Staatskrisen, Putschversuche und ähnlich hässliche, unschweizerische Dinge gibt!

Mit gutem Gewissen konnte der Nationalrat wiederum verschieben. Das erregt am wenigsten Anstoss. Drogenabhängige, ihre Eltern und weitere Mitbetroffene sind wirtschaftlich schwach und bringen bei Neuwahlen keine Stimmen. Man hat ja auch die Spanienkämpfer von 1936 nie amnestiert, auch nicht die Militärdienstverweigerer oder die militanten Jurassier. Das Schweizerkreuz blieb weiss und unbefleckt. Nur eine kleine Ausnahme gibt es: Die Steuerhinterzieher werden in jeder Generation einmal amnestiert. Aber das ist etwas ganz anderes. . . Hansjörg Braunschweig